

VON WEGEN »SICHER«:

MAROKKO

Marokko ist keine Demokratie, sondern eine konstitutionelle Monarchie, in der König Mohammed VI. weitreichende Kompetenzen innehat. Kritische Äußerungen über das Königshaus, den Islam oder den Anspruch Marokkos auf die Westsahara werden kriminalisiert. Bürgerrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden entsprechend eingeschränkt, kritische Journalisten und Regierungskritiker verfolgt. Amnesty International berichtet von erzwungenen Geständnissen und Folter in Haftanstalten, die UN-Arbeitsgruppe zu Inhaftierungen hat die systematische Anwendung von Folter in Haft festgestellt. Die Bundesregierung ignoriert dies und stellt in der Gesetzesbegründung fest, in Marokko gebe es keine systematische Folter.

Der Trend geht zum »sicheren Herkunftsland«. Nicht, weil die Welt besser geworden ist, sondern weil die Politik dieses Steuerungsinstrument entdeckt hat, um möglichst viele Asylsuchende umgehend außer Landes zu kriegen. In Schnellverfahren werden die Betroffenen abgelehnt, eine ernsthafte Beschäftigung mit ihren Fluchtgründen ist nicht vorgesehen. Viele Jahre lang standen nur Ghana und Senegal auf der Liste der »sicheren Herkunftsländer«. 2014 kamen Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien hinzu, im Oktober 2015 Kosovo, Montenegro und Albanien.

ALGERIEN

Unter dem Eindruck des Arabischen Frühlings hatte Präsident Abdelaziz Bouteflika 2011 demokratische Reformen angekündigt. Dennoch werden in Algerien Menschenrechte verletzt: Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden beschnitten, ebenso die Meinungs- und Pressefreiheit. Die Behörden lösen Demonstrationen gewaltsam auf und schikanieren Menschenrechtler. Das politische System ist durchdrungen von Korruption. Täter, die in den blutigen Zeiten des Terrors in den 1990er Jahren Tausende Menschen gefoltert und ermordet haben, wurden nicht strafrechtlich verfolgt. Frauen werden vor dem Gesetz und im täglichen Leben diskriminiert und trotz angekündigter Reformen weiterhin nur unzureichend gegen Gewalt geschützt.

TUNESIEN

Tunesien galt als letzte Hoffnung des Arabischen Frühlings, allerdings bewirkt der Terrorismus immer wieder Rückschläge. 2015 erschütterten mehrere Anschläge das Land, wonach die Regierung für einige Monate den Notstand ausrief. Die Regierung hat Anti-Terrormaßnahmen durchgesetzt, im Zuge derer es zu extralegalen Tötungen in Haft sowie zu Folterfällen kam. Rechtsstaatliche Organe haben bislang darin versagt, diese und tausende weiterer Folterfälle aus Zeiten des Regimes Ben Ali strafrechtlich zu verfolgen. In Tunesien wird überdies eine Bestrafung von homosexuellen Handlungen praktiziert, die flüchtlingsrechtlich nicht anders als Verfolgung einzustufen ist. Die Todesstrafe wird verhängt, wenngleich sie nicht vollstreckt wird.



DIE NEUEN »SICHEREN HERKUNFTSSTAATEN«

Im Frühjahr 2016 sollen nun Marokko, Algerien und Tunesien auf die Liste. Die Bundesrepublik verweigert sich mit der ungehemmten Definition angeblich sicherer Staaten nicht nur ihrer Verantwortung für die einzelnen Schutzbedürftigen. Sie fällt, indem sie den Staaten in Sachen Menschenrechte großzügig Persilscheine ausstellt, auch allen dortigen Aktiven für politische Freiheit und Menschenrechte in den Rücken.

KOSOVO

Im Kosovo-Krieg 1999 verfolgt, leiden die Minderheitenangehörigen der Roma, Ashkali und Ägypter bis heute an existenzieller Ausgrenzung. Sozial entrechtet, wirtschaftlich isoliert und ohne Zugang zu Bildung oder Gesundheitssystem werden diese Minderheiten systematisch ausgegrenzt. Zeitgleich werden Diskriminierung und Hassverbrechen gegen sie polizeilich kaum verfolgt.

ALBANIEN

Sowohl das Auswärtige Amt wie auch der Menschenrechtskommissar des Europarates warnen vor einem hohen Maß an Korruption, Nepotismus, organisiertem Verbrechen und einer Kultur der Straflosigkeit in Albanien. Aktivist*innen und Oppositionelle werden inhaftiert, friedliche Massenproteste gegen die Regierung mit Polizeigewalt auseinandergetrieben. Journalist*innen werden unter Druck gesetzt: 2015 suchten einige von ihnen Asyl in der EU und in Norwegen, weil ihnen der Schutz der Behörden versagt blieb. Auch Minderheiten werden systematisch diskriminiert: So konnten 2015 viele Roma und Ägypter ihre Behausung nicht legalisieren, worauf ihre Häuser als »illegal« abgerissen wurden. Häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist allgegenwärtig, rechtlich wird sie nur unzureichend verfolgt. In manchen Regionen Albaniens ist der Staat faktisch nicht präsent, was Kriminalität wie auch die wieder-auflebende Blutrache begünstigt.

MONTENEGRO

Montenegro wird seit einem Vierteljahrhundert von Machthaber Milo Djukanovic geführt. Internationale Organisationen kritisieren die mangelnde Unabhängigkeit des Justizsystems, den Machtmissbrauch der Polizei, die selbst im Balkanvergleich erhebliche Korruption, den Einfluss des organisierten Verbrechens auf den Staatsapparat und die weitgehende Straflosigkeit bei schweren Verbrechen. Einschüchterungsversuche gegen Journalisten sind gang und gäbe. Soweit sie Opfer von Anschlägen wurden, sind viele ihrer Fälle bis heute nicht aufgeklärt. Opposition und demokratische Partizipation werden beschränkt: Erst im vergangenen Herbst ließ die Regierung Massenproteste gegen Korruption, Armut und Rechtslosigkeit durch einen brutalen Polizeieinsatz niederschlagen.

